

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat**Familienbericht für die Stadt Bern**

In seiner Sitzung vom 26. Mai 2005 hat der Stadtrat das Postulat Natalie Imboden (GB)/Simon Röthlisberger (JA!) vom 16. September 2004 „Welche Politik für Familien in der Stadt Bern? Ein Familienbericht mit Strategien und Massnahmen ist notwendig“ erheblich erklärt.

Der nun vorliegende Familienbericht wurde von der Berner Fachhochschule und dem Jugendamt der Stadt Bern erstellt. Das Projekt wurde, wie im Prüfungsbericht zum erwähnten Postulat vorgesehen, von einer interdisziplinären Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Dienststellen der Stadtverwaltung und Expertinnen und Experten von Kanton, Bund und Fachorganisationen begleitet. Die Finanzierung erfolgte über den Fonds für Kinder und Jugendliche.

1. Inhalt und Methodik des Berichts

Der Familienbericht stützt sich auf den erwähnten umfangreichen Prüfungsbericht zum Postulat Imboden/Röthlisberger. Angesichts der Breite und Komplexität der familienpolitischen Thematik konzentriert er sich auf vier Kernthemen:

1. Die Potentiale von Familien erkennen und nutzen;
2. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern;
3. Die finanzielle Situation von Familien verbessern;
4. Bern als Familienstadt fördern.

Diese Themen werden mit verschiedenen Methoden untersucht: Ansätze der Familiensoziologie und Ergebnisse einer systematischen Befragung von Expertinnen und Experten werden kombiniert mit Zahlen und Fakten aus der Statistik und der Einwohnerinnen- und Einwohnerbefragung von 2007. Dazu kommt eine Erhebung der Angebote für Familien in der Stadt Bern.

2. Synthese und Empfehlungen des Familienberichts

Die wichtigsten Erkenntnisse des Familienberichts sind in eine Synthese eingeflossen und können wie folgt zusammengefasst werden:

Die Potentiale von Familien erkennen und nutzen

- Die Leistungen von Familien für das Gemeinwesen sind vielfältig und unverzichtbar. Familien verdienen mehr Anerkennung und benötigen mehr Rücksichtnahme.
- Familienpolitik ersetzt die Leistungen von Familien nicht. Sie respektiert die Familie als privaten Lebensbereich und schafft Rahmenbedingungen für die Entfaltung des Potentials von Familien und ergänzt es wo nötig.
- Familien machen einen Teil des Zusammenhalts des Gemeinwesens aus. Sie verbinden Kulturen und Generationen. Diese Integrationskraft soll erhalten und gefördert werden.

- Für die Erhaltung, Stärkung oder Kompensation des Potentials von Familien bestehen in der Stadt Bern zahlreiche Einrichtungen und Dienstleistungen. Diese Angebote müssen gut vernetzt und ständig aktualisiert werden.
- Eine niederschwellige physische Informations- und Anlaufstelle für alle städtischen Angebote und Einrichtungen für Familien könnte den Zugang wesentlich erleichtern.
- Wichtig sind in diesem Zusammenhang die Überwindung von Sprachbarrieren für ausländische Eltern und ihre Kinder, die frühe Förderung von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern und ganz generell die Förderung der Elternbildung.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern

- Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein Angelpunkt der Familienpolitik. Eltern brauchen sinnvolle Optionen, die ihrer Situation und ihren Präferenzen - zumindest teilweise - entgegenkommen.
- Ein längerer Mutterschaftsurlaub mit entsprechendem Kündigungsschutz sowie familienfreundliche Arbeitsplätze mit der Möglichkeit eines Elternurlaubs, Erleichterungen beim Wiedereinstieg, Teilzeitarbeit und flexible Arbeitszeitmodelle würden es den Eltern erlauben, ihr Berufs- und Familienleben freier zu gestalten.
- Frauen und Männer sollen sich gleichberechtigt in der Berufsarbeit und der Kinderbetreuung engagieren können. Dafür braucht es vor allem eine Veränderung der Rolle der Väter und generell mehr Wertschätzung für die Familienarbeit.
- Die Wartelisten und Wartezeiten für einen Platz in der familienergänzenden Tagesbetreuung sollen weiter abgebaut werden. Es braucht - wegen des kurzen Mutterschaftsurlaubs - namentlich mehr Plätze für die Betreuung von Kleinkindern (bis 2 Jahre) und generell flexiblere Modelle der Teilzeitbetreuung.

Die finanzielle Situation von Familien verbessern

- Familien benötigen im Vergleich zu Haushalten ohne Kinder bei gleichem Konsumniveau ein erheblich höheres Einkommen. Bei einem Kind braucht es 43 % mehr, bei drei Kindern sind es 73 %. Ein Teil dieser Kosten wird durch kantonale oder vom Bund geregelte, horizontale und vertikale Transferleistungen (Kinder- und Familienzulagen, Steuererleichterungen usw.) abgegolten. Eine eigentliche Grundsicherung für einkommensschwache Familien wird dadurch allerdings nicht erreicht. Auch die Belastung Alleinerziehender ist ungenügend berücksichtigt.
- Paarhaushalte mit drei und mehr Kindern und Haushalte von alleinerziehenden Elternteilen sind finanziell überdurchschnittlich gefährdet. Da der Kanton Bern im Unterschied zu anderen Kantonen keine Ergänzungsleistungen an Familien kennt, sind Familien mit kleinem Einkommen auf Sozialhilfe angewiesen.
- So lebt in der Stadt Bern beinahe jedes achte Kind in einem Haushalt, der Sozialhilfe bezieht. Die Sozialhilfequote von alleinerziehenden Elternteilen beträgt 26,8 %, diejenige von Paaren mit Kindern 6,1 %.
- Für die familienpolitische Einflussnahme auf die finanzielle Situation von Familien sind Bund und Kantone zuständig. So muss sich in diesem Gebiet die städtische Politik auf das Lobbying bei Kanton und Bund für den Weiterausbau der Transferzahlungen richten.

Bern als Familienstadt fördern

- Bern bietet Familien viel. Trotz des grossen Engagements der Stadt hat sich der Anteil der Familienhaushalte an der Gesamtzahl der Haushalte in den letzten dreissig Jahren als Folge des Geburtenrückgangs und der Abwanderung um die Hälfte reduziert: Von 38 % im Jahr 1970 auf 19.3 % im Jahr 2000.
- Wohnbauförderung und die Verbesserung des Wohnumfelds führen allmählich zu einer Trendwende. Für jüngere Menschen mit guter Bildung ist die Stadt wieder attraktiv. In ein-

zelnen Stadtteilen hat sich in der Folge die Zusammensetzung der Einwohnerschaft betreffend Alter, Status und Lebensstil verändert. Die Formen des Zusammenlebens in Familien sind vielfältiger geworden.

- Neben der Vielfalt von familialen Lebensformen lässt sich in einzelnen Stadtteilen aber auch ein Trend zur räumlichen Segregation von einzelnen Gruppen der Einwohnerschaft feststellen. Die soziale Durchmischung von Arm und Reich, Schweizerinnen/Schweizern und Ausländerinnen/Ausländern, tiefem und hohem Bildungsstand nimmt tendenziell ab.
- Fortsetzung der bestehenden Wohnbau- und Wohnumfeldförderung und die Erhaltung und Förderung der sozialen Durchmischung in den Stadtteilen sind zwei entscheidende Strategien für die Zukunft der Familienstadt Bern. Deren Vorzüge und Attraktivität könnten für die Belange des Stadtmarketings noch besser sichtbar gemacht und kommuniziert werden.

3. Grundsätze für die künftige Familienpolitik der Stadt Bern

Der Familienbericht steht in weitgehender Übereinstimmung den familienpolitischen Grundlagen, die der Gemeinderat in seinem Prüfungsbericht vom 5. Juli 2006 zum erwähnten Postulat Natalie Imboden/Simon Röthlisberger formuliert hat. Aufbau und Inhalt des Berichts entsprechen den damaligen Intentionen.

Mit Blick auf die Synthese und die Empfehlungen des Familienberichts stehen drei Grundsätze für die künftige Familienpolitik der Stadt Bern im Vordergrund:

Kontinuität

Wie der Familienbericht zeigt, verfügt die Stadt Bern über ein umfassendes Angebot an Einrichtungen und Dienstleistungen für Familien. Bestehende Lücken, beispielsweise bei der familienergänzenden Tagesbetreuung, werden seit Jahren systematisch verkleinert. Grosse Anstrengungen wurden auch zur Förderung des Wohnangebots und der Wohn- und Wohnumfeldqualität für Familien unternommen. In anderen Bereichen, wie etwa bei den Angeboten für Kinder und Jugendliche, ist die Stadt Bern vergleichsweise weit fortgeschritten. Das in diesen Bereichen Erreichte soll erhalten, weitergeführt und wo nötig ausgebaut werden.

Flexibilität

Anpassungen der städtischen Familienpolitik sind nötig wegen der generell gestiegenen Anforderungen an eine moderne Familienpolitik und infolge der demografischen und gesellschaftlichen Entwicklung. Im Vordergrund steht dabei die zunehmende Vielfalt von Formen, Lebenslagen und Nationalitäten der Familien. Die in der Synthese und den Empfehlungen des Familienberichts vorgeschlagenen Massnahmen in den vier Kernbereichen sollen auf ihre Umsetzung hin geprüft werden. Das betrifft beispielsweise:

- Die Anpassung der bestehenden Angebote für Familien – und des Zugangs dazu – an die im Familienbericht festgestellten Veränderungen.
- Die Erhaltung und Förderung der sozialen Durchmischung in den Stadtteilen.
- Eine vermehrte Zusammenarbeit der verschiedenen familienpolitischen Akteurinnen und Akteure und die öffentliche Anerkennung familienfreundlicher Unternehmungen.
- Die vermehrte Anerkennung der Bedeutung von Familien und deren Leistungen für das Gemeinwesen und die intensivere Kommunikation der Familienfreundlichkeit der Stadt Bern.

Lobbying

In zentralen Bereichen der Familienpolitik sind Bund und Kantone zuständig. Die Stadt Bern schöpft die bestehenden Förderungseinrichtungen für Familien optimal aus und setzt sich wenn immer möglich ein für mehr Rücksichtnahme auf Familien und für eine fortschrittliche Familienpolitik. Das betrifft beispielsweise:

- Erhöhung beziehungsweise Einführung von höheren Transferleistungen für Familien bei Kanton und Bund (Steuererleichterungen, Zulagen, Ergänzungsleistungen).
- Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs beziehungsweise Einführung eines Elternurlaubs mit flexibler Pensenregelung und einem längerem Schutz vor Kündigung.
- Starthilfebeiträge des Bundes für neue Plätze der Tagesbetreuung.
- Die kantonale Ermächtigung für die Aufnahme neuer Plätze der Tagesbetreuung in die Lastenverteilung und Anpassung der Tarife für Eltern mit tiefen aber auch mit höheren Einkommen (Verordnung für Angebote der sozialen Integration (ASIV)).

4. Weitere Schritte

Der Familienbericht zeigt auf, dass die Stadt Bern ihren Handlungsspielraum zum Wohl der Familien in der Vergangenheit gut genutzt und weitgehend ausgeschöpft hat. Er stellt keine grundsätzlichen Mängel oder Lücken fest. Die Vorschläge des Familienberichts, die Massnahmen im Verantwortungsbereich der Stadt betreffen, stimmen weitgehend mit den Vorstellungen und Konzepten der betroffenen Dienststellen überein. Eine städtische familienpolitische Gesamtstrategie mit einem Massnahmenkatalog, wie er im Prüfungsbericht zum erwähnten Postulat Natalie Imboden/Simon Röthlisberger als mögliche Konsequenz des Familienberichts erwähnt wird, scheint deshalb nicht sinnvoll. Um eine nachhaltige Wirkung zu erzielen, wird dagegen der vorliegende Familienbericht den betroffenen Dienststellen der Stadtverwaltung und den zahlreichen übrigen Akteurinnen und Akteuren im Bereich der Familienpolitik und der Öffentlichkeit in geeigneter Form zugänglich und bekannt gemacht. Zudem werden die Massnahmenvorschläge und Empfehlungen des Berichts bis Ende 2009 auf ihre Umsetzungsmöglichkeit überprüft.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, den Familienbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Bern, 29. Oktober 2009

Der Gemeinderat

Beilage:

Familienbericht für die Stadt Bern (elektronisch nicht vorhanden)